

Manuskript
Gudrun Senta Wilhelm

- es gilt das ggesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wenn ich jetzt für meine Fraktion über das Thema
Breitband spreche, dann tue ich auf drei Ebenen.
Denn außer der Kreisrätin, die jetzt zu Ihnen spricht,
bin ich, wie Sie wissen auch noch Regionalrätin und
ich bin Gemeinderätin. Und das Thema beschäftigt
uns auf allen drei Ebenen.

Was wir heute beraten, ist ein Modell, das
zukunftsweisend sein kann. Es kann aber auch
gewaltig in die Hose gehen, wenn wir nicht aufpassen.
Das hängt mit dem Partner Telekom zusammen und
mit der Entstehungsgeschichte des jetzigen Modells.
Jahrelang ist nichts passiert. Ende 2016, ich
wiederhole Ende 2016, hat die FDP-Regionalfraktion
den Antrag gestellt, 500.000 Euro für die Gründung
einer regionalen Breitbandgesellschaft bereitzustellen.
Unser Ziel damals: Das Backbonenetz selber



**Frei denken.
Verantwortlich handeln.**

Fellbach,

Es schreibt Ihnen:

FDP/FW-Kreistagsfraktion

Vorsitzender
Ulrich Lenk

Stv. Vorsitzende
Jochen Haußmann, MdL
Gudrun Wilhelm

Kassier
Brunhilde Meßmer

Schriftführer
Klaus Auer

Beisitzerin
Öffentlichkeitsarbeit
Julia Goll

Fraktionsmitglieder
Jürgen Hofer
Karl-Heinz Payr
Peter Treiber
Dr. Wolfgang Weigold

aufzubauen und zu betreiben. Denn für uns sind, vereinfacht ausgedrückt, Datenleitungen wie Wasserleitungen zu sehen: Sie gehören zur Daseinsvorsorge, sie müssen in jedes Haus führen und sie müssen überall eine gleichmäßige Versorgung garantieren. Ich betone, das Wort „überall“. Ich komme gleich nochmal darauf zurück.

Kaum war der Druck groß genug, stand plötzlich die Telekom mit offenen Armen da und wurde von der Mehrheit in der Regionalversammlung auch mit offenen Armen aufgenommen. Als Liberale freuen wir uns natürlich, wenn die Wirtschaft investiert. Wir sind auch froh, dass wir über die Regionalversammlung wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Druck so groß geworden ist, dass sich etwas bewegt hat. 179 Kommunen sind halt eine Macht, wenn sie geschickt koordiniert werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge und mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen mit dem Partner Telekom, aber auch der Vorgehensweise der Region, die uns ein bisschen zu weich ist, raten wir aber zu einem strikt professionellen Vorgehen, wenn wir jetzt den Weg einer Zusammenarbeit mit der Telekom beschreiten.

Für uns heißt das:

1. Abschluss eines Vertrages mit klaren, rechtssicheren Positionen und wirksamen Sanktionsmechanismen. Versorgungszusagen wie „Bis zu 1 Gigabit“ oder „bis zu 95 Prozent oder auch mal 98 Prozent sind inakzeptable Gummiformeln. Wir wissen ganz genau, dass die letzten zwei Prozent die schwierigsten sind. Und wir kennen das von der Bahn, dass zwei Prozent Verspätungen ganze Bahnsteige überfüllen können. Als Gemeinderätin aus dem ländlichen Raum sage ich: Es kann nicht heißen Städte first und dann mal sehen. Sondern alle müssen gleich behandelt und versorgt werden.
2. Fordern wir Einbindung aller Partner, die bereits Respektables geleistet haben, nicht nur in Form von Absichtserklärungen. Für engagierte Stadtwerke und andere Unternehmen sind überzeugende Lösungen anzubieten. Kleine und mittlere Anbieter mit Investitionen in Angebote und Strukturen sind zu schützen. Der Wettbewerb ist zu erhalten. In Schorndorf aber auch in Sindelfingen war das bereits ein Thema. In Sindelfingen geht's in Sachen Breitband hoch her („Wozu brauchen wir die Telekom?“), in Schorndorf ist sogar der offene Konflikt zwischen Stadtwerken und Region

ausgebrochen. Die Stadtwerke wollen 100 Prozent Ausbau, die Telekom nur 95 Prozent zusagen und Stadtwerke-Chef Andreas Seufert warnt, laut Schorndorfer Nachrichten: „Es könne aber nicht sein, dass sich die Telekom die Filetstücke herauspicke und den Rest den Kommunen überlasse.“

3. Deswegen brauchen wir zumindest einen verbindlichen Ausbau-, Zeit- und Businessplan, der zum Vertragsabschluss zwischen Region und Telekom vorgelegt werden und im Kreistag vorgestellt werden muss. Wenn von 179 Kommunen in der Region derzeit nur rund 100 den Zweckverbänden beigetreten sind, die die Schnittstelle, zwischen dem Duo regionale Gigabit-Gesellschaft und Kommunen sein sollen, wie die Stuttgarter Zeitung im Kreis Böblingen berichtet, dann müssen wir deren Bedenken ernst nehmen. Sogar wenn Leonberg, Böblingen und Sindelfingen nicht in unserem Kreis liegen. Zumal, wenn der Sindelfinger OB Vöhringer mit der Aussage zitiert wird: „Jüngst habe ich bei einem Treffen regionaler Oberbürgermeister nur einer für einen Beitritt begeistert.“ Da scheint auch bei unseren OB Skepsis vorzuherrschen.

4. Deswegen fordern wir in der Regionalversammlung auch jährliche, aussagekräftige Entwicklungsstandberichte. Denn wie schnell sich GmbHs verselbstständigen, wissen wir aus eigener Erfahrung.

Und zum Schluss ein Punkt, der auch am Anfang stehen könnte: Wir wollen Klarheit in Sachen Landesgeldern. Derzeit regnet's im Land Geld. 59 Breitband-Förderbescheide verteilte der CDU-Innenminister im April, 27 im Mai, 105 im Juli, 81 im September. Vor ein paar Tagen durfte Wilfried Klenk 83 Bescheide über 17,2 Millionen Euro verteilen. Insgesamt wurden damit 2018 schon fast 500 Breitbandprojekte gefördert und knapp 100 Millionen Euro verteilt. Was heißt das für uns? Die Landesförderung ist ein wesentlicher Grund, den Zweckverband zu gründen. Denn aus Sicht einer Regionalrätin traurig aber wahr: Das Innenministerium hat uns bestätigt, dass nur Zweckverbände, Kreise, Städte und Gemeinden in den Genuss von Fördermitteln kommen können. Die Region und ihre Gigabit-Gesellschaft sind nicht eingeplant. Das stellt das neue Modell vor eine Extraherausforderung.

Vielen Dank.